



DATUM: Eberswalde, 9. April 2018

Änderungsantrag zu der Beschlussvorlage-Nr.: BV/0676/2018

Betreff: Errichtung eines Parkhauses am Bahnhof der Stadt Eberswalde

Beratungsfolge:

Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt	10.04.2018	Vorberatung
Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen	12.04.2018	Vorberatung
Hauptausschuss	19.04.2018	Vorberatung
Stadtverordnetenversammlung	26.04.2018	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Stadt Eberswalde stellt fest, dass eine Erweiterung der Pkw- und Fahrradstellplätze am Bahnhof in Eberswalde erforderlich ist, um den gewachsenen Bedarf abdecken zu können. Die Stadtverwaltung wird beauftragt mit den Eigentümern von Flächen in Bahnhofsnähe Gespräche zu führen, um zu ermitteln, ob diese bereit wären, derartige Anlagen zu errichten. Im Zuge der Verhandlungen mit den Investoren wird die mögliche Errichtung eines Parkhauses/ einer Parkpalette in Holzbauweise angeregt. Der Stadtverordnetenversammlung wird spätestens auf der Sitzung vor der Sommerpause über den Stand der Verhandlungen Bericht erstattet.

Begründung:

Der Bedarf an Pkw-Stellplätzen und Fahrradabstellanlagen im Bahnhofsbereich ist in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Das derzeitige Angebot liegt bei 391 Pkw-Stellplätzen (268 Plätze direkt am Bahnhof und 123 Plätze am alten Busbahnhof) sowie 354 Stellplätze für Fahrräder. Auf Grundlage des perspektivischen Fahrgastaufkommens erhöht sich der Bedarf auf etwa 590 Pkw- und 650 Fahrrad-Stellplätze. ~~Da in Bahnhofsnähe nicht mehr ausreichend Flächen zur Verfügung stehen, ist der Bau eines Parkhauses bzw. einer Parkpalette für Pkw bzw. auch für Fahrräder dringend erforderlich.~~

Die Entwicklung und Erschließung der Flächen rund um den Bahnhof ist eine dringliche Aufgabe, die für die Zukunft der Stadt hohe Priorität besitzt. Die Errichtung eines Parkhauses/ einer Parkpalette bzw. die Vergrößerung der Parkflächen für Pkw und Fahrräder ist jedoch nicht in erster Linie eine kommunale Aufgabe. Daher sollen zunächst alle Möglichkeiten einer Verbesserung der Situation durch Hinzuziehen von privaten Investoren geprüft werden, bevor eine Belastung des Stadthaushaltes mit zusätzlichen Aufgaben beschlossen wird. Darüber hinaus wurde bereits seit einigen Monaten in Zusammenarbeit von Verwaltung, HNEE und DIE SPD-Stadtfraktion an einer Lösung gearbeitet, welche durch einen vorschnellen Beschlussantrag, der die Stadt zum Handeln zwingt, gefährdet werden würde.

Sollten die Verhandlungen mit Investoren nicht zu einer Verbesserung der Situation im Bereich Pkw- und/oder Fahrradstellflächen führen, kann und muss im Rahmen der Haushaltsdebatte 2019 über eine Einstellung von Haushaltsmitteln zur Verbesserung der Situation debattiert werden.

gez. Hardy Lux
Fraktionsvorsitzender
DIE SPD-Fraktion